

# Keine Opposition. Nirgends ?

**Linke in Deutschland  
nach dem Sturz des Realsozialismus**

Herausgegeben von  
Thomas Klein,  
Vera Vordenbäumen,  
Carsten Wiegrefe,  
Udo Wolf

**Ch. Links Verlag**

# Inhaltsverzeichnis

Keine Opposition. Nirgends?	7
<b>I. Situation und Perspektive der Linken</b>	<b>9</b>
<i>Gaby Gottwald</i> Die Linke im Westen.	10
<i>Vera Vordenbäumen/ Udo Wolf</i> Alles nichts. Oder?	21
<i>Tina Krone/Reinhard Schult</i> Am Menschenbild ist etwas faul.	32
<i>Gregor Gysi</i> Wir wollen eine andere Politik in einem anderen Deutschland.	39
<i>Ludger Volmer</i> Schlammverkrustet und lebensrettend.	46
<i>Detlef Schulze/ Carsten Wiegrefe</i> „Der Staat sind wir alle“!?	54
<i>Christiane Schindler/Sybill Klotz</i> Angekommen in der Realität bundesdeutscher Verhältnisse.	69
<i>Thomas Klein</i> Geteilte Linke im vereinigten Deutschland?	76

1. Auflage, November 1991

© Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH  
Zehdenicker Straße 1, O-1054 Berlin, Tel.: 2816171  
Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Zeichnung von Petra Florath  
Typographie, Herstellung und Satz: Olthoff Graphic-Design GmbH, Berlin  
Druck und Bindearbeiten: Tribüne Druck-GmbH, Berlin

ISBN: 3-86153-027-9

<i>Uschi Goldenbaum</i> Es geht nicht nur um die Stasi.	96
<i>Bernd Florath</i> Opposition in der SED.	107
<i>Dieter Hummel</i> Wer aus der Geschichte nicht lernt, wiederholt sich als Farce.	116
<b>II. Wirtschaftspolitik – was soll die Basis im Überbau?</b>	127
<i>Peter Kammerer</i> Die alte DDR - der Mezzogiorno des neuen Deutschland?	128
<i>Winfried Wolf</i> „Da müssen wir durch“.	137
<i>Klaus Steinitz</i> PDS und Wirtschaftspolitik.	156
<i>Willi Brüggem</i> Die antikapitalistische Linke jenseits der Blocklogik.	168
<i>Thomas Klein</i> Wirtschaftspolitische Alternativen.	178
<b>III. Die Sowjetunion nach dem Putsch</b>	195
<i>Steffi Engert</i> Das letzte Aufgebot.	196
<i>Wladislaw Hedeler</i> Auf der Anklagebank.	201
<i>Jakob Moneta</i> Moskau: Stolpersteine auf dem Wege zum Kapitalismus.	212
Autorenverzeichnis	220

## Keine Opposition. Nirgends?

Zwei Jahre nach dem Mauerfall müssen die KritikerInnen der schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sehen: Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Zulauf für rechtsradikale Gruppen in den neuen Bundesländern.

Dies und das letztendliche Scheitern der Perestroika in der Sowjetunion, der scheinbar endgültige Sieg des Kapitalismus über alternative Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft haben das bürgerbewegte, linke und grün-alternative Spektrum in Ost und West in eine tiefe Krise gestürzt. Zudem gesellt sich das Problem unterschiedlicher politischer Kulturen, einer fortgesetzten deutsch-deutschen Spaltung im politischen System, die nicht per Dekret, sondern nur in der gemeinsamen mühsamen Diskussion aufzuheben ist. Dieser Problemlage sollte die Idee einer deutsch-deutschen Oppositionskonferenz gerecht werden. In einer organisations- und strömungsübergreifenden Diskussion sollten Ursachen, Inhalte aus der Krise und neue Perspektiven gefunden werden, Mißverständnisse, substantielle Unterschiede und Gemeinsamkeiten geklärt werden.

Trotz vielfach geäußertem Interesse an einer solchen Konferenz scheiterte sie in der Vorbereitung an der organisatorischen Manifestation der Krise: Die Bewahrung des jeweils eigenen Organisationsladens als oberste Priorität verhindert die offene Debatte. Die eigene Krise wird verdrängt und die Konkurrenz untereinander bestimmt die Einstiegsvoraussetzungen für die Diskussion. Von der Idee der deutsch-deutschen Oppositionskonferenz bleibt das vorliegende Buch „Keine Opposition. Nirgends?“.

Das Buch kann die geforderte Diskussion jedoch nicht ersetzen.

Angefragt haben wir entsprechend dem Anliegen der gescheiterten Konferenz unabhängige, grüne, demokratisch-sozialistische, bürger- und frauenbewegte AutorInnen aus Ost und West. Obwohl ein Teil der angesprochenen AutorInnen aus Zeitmangel oder politischem Desinteresse absagte, halten wir das Spektrum der hier versammelten Beiträge in ihren kontroversen Ansätzen und Vorstellungen für spannend in der Debatte um Perspektiven, Chancen und Möglichkeiten einer gesamtdeutschen Opposition.

Im ersten Abschnitt befassen sich die AutorInnen mit der allgemeinen Situation der Linken in Deutschland. Die unterschiedlichen Zugänge und Verarbeitungsmechanismen gegenüber der „Krise der Linken“ drückt sich auch darin aus, inwiefern die AutorInnen ihren Schwerpunkt auf Analyse der jüngeren Geschichte oder auf Zukunftsperspektiven legten. Durch die Zusammenstellung im ersten Teil versuchten wir auch etwas Licht ins Dunkel der unseligen Ost-West-Spaltung der Linken zu bringen.

Der zweite Abschnitt ist dem Umstand geschuldet, daß allorten über den „Sieg des Kapitalismus“ geredet wird. Nur sehr wenige AutorInnen (in diesem Buch leider nur Autoren) haben sich in den vergangenen zwei Jahren der Tradition der linken Wirtschaftskritik besonnen. Uns erscheint es allerdings notwendig, an diese Tradition anzuknüpfen, auch und gerade weil sie uns eine realistischere Einschätzung liefert, was da alles auf uns zu kommt.

Der dritte Abschnitt sollte eigentlich eine Einschätzung der Möglichkeiten internationalistischer Politik geben. In Vorbereitung des Buches aber überraschte uns der Putsch in der Sowjetunion. Wir änderten kurzerhand unser Konzept und schulden den drei AutorInnen besonderen Dank, daß sie sich so kurzfristig bereit fanden eine Einschätzung dieses Putsches, seines Scheiterns und der möglichen weiteren Entwicklung in der Sowjetunion abzugeben.

Besonderen Dank schulden wir auch dem Neuen Forum, der PDS, der Vereinigten Linken, sowie dem Ch.Links-Verlag, ohne deren finanzielle Unterstützung, geduldig beratende und technische Unterstützung dieses Buch nicht möglich gewesen wäre.

*14. 10. 1991 Die HerausgeberInnen*

## „Der Staat sind wir alle“?!

### BRD-Linke zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung

Die BRD-Linke läßt sich im Groben um zwei Pole einordnen. Die einen agieren vermeintlich radikal ‚von außen‘: „entweder mensch oder schwein – entweder überleben um jeden preis oder – kampf bis zum tod – entweder problem oder lösung – dazwischen gibt es nichts.“<sup>1</sup> Das meinte H. Meins, Gefangener aus der RAF. Die Vorbereitungsgruppe der Westberliner autonomen revolutionären 1. Mai-Demo 1990 erklärte: „Wir stellen an die Herrschenden keine Forderungen. Wir sind einfach da.“<sup>2</sup>

Ebenfalls imaginär ‚von außen‘ kamen – im Inneren des Parlamentarismus – die Angriffe der ÖkosozialistInnen und RadikalökologInnen in den GRÜNEN. Sie lehnten eine Stützung einer SPD-Minderheitsregierung entweder direkt ab oder knüpften sie an Bedingungen, die von der SPD die Übernahme der grünen Identität verlangten. Nach dem Scheitern dieses Kurses gaben sie mit der „Radikalen Linken“ die Parole: „Wir wollen die Kraft der Negation sein“<sup>3</sup> aus. Zu beachten ist dabei, daß die theoretischen Begründungen und praktischen Schlußfolgerungen der vorstehend zitierten Positionen durchaus unterschiedlich sind.

Die Gegenposition formulierte beispielsweise O. Schily: „Das wesentliche der (von ihm geforderten, d. Verf.) Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols (...) ist (...), daß im Konfliktfall, in dem ein durch das Recht begründetes Gebot oder Verbot nicht aus Einsicht der Beteiligten befolgt wird, als ultima ratio nur über die staatlichen Institutionen (...) Gewalt ausgeübt werden darf.“<sup>4</sup> ... und zum Deutschen Herbst 1977: „Wir müssen uns vor Augen führen, wie schwierig die Entscheidung in einem Krisenstab ist. Dazu gehört die Frage, ob die milde Lösung immer die beste ist.“<sup>5</sup> Am 18.10.1977 wurden im Rahmen einer nicht „milde(n) Lö-

sung“ in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim „Andreas Baader, Gudrun Ensslin tot, Jan Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwerverletzt aufgefunden.“<sup>6</sup> (Während Schily 1977 noch politische Gefangene verteidigte, waren die „eurokommunistischen“ Parteien Frankreichs und Italiens schon in den 70er Jahren für ‚Ruhe und Ordnung‘.)

An diese staatstragende Tradition der BRD-Linken knüpft die PDS heute an, wenn sie in ihrer Satzung [Abschnitt I. Abs. (2)] erklärt, nicht nur eine „Partei im Sinne des Grundgesetzes“ zu sein, sondern dieses zur „Grundlage“ ihres Wirkens macht.<sup>7</sup> Schon zuvor wurde im Bundestagswahlprogramm von PDS und Linker Liste/PDS festgehalten, daß „Teile von uns“ den „sozialstaatlichen Kompromiß“ „kritisch als Ausgangspunkt unserer Bemühungen sehen“.<sup>8</sup>

Eine mittlere Position nahm die DKP mit ihrem instrumentalistischen Staatsverständnis ein<sup>9</sup>: Einerseits malte sie den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat verschwörungstheoretisch in den schwärzesten Farben. Andererseits meinte sie aber eben diesen bürgerlichen Staat für ihren „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ nutzen zu können. Diese Position führte bspw. zu folgendem idealistischen Quatsch: „Während des DruckerInnenstreiks 1977 verteilte die DKP-Hochschulgruppe Bochum ein Flugblatt, in dem die Aussperrung mit folgendem Argument kritisiert wurde: ‚Nach dem Grundgesetz ist die Aussperrung verfassungswidrig, weil sie ein skrupelloser Mißbrauch des Eigentums ist, das laut Grundgesetz dem Allgemeinwohl zu dienen hat.‘“<sup>10</sup>

In dieser Tradition steht heute die Kommunistische Plattform der PDS, wenn sie einerseits gegen die „sozialreformistische“ Strömung in der PDS wettert, aber andererseits selbst schreibt: „Wir gehen (...) davon aus, daß in Deutschland grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur auf friedlichem und verfassungsmäßigem Wege möglich sind.“<sup>11</sup>

Praktisch setzte sich von diesen widersprüchlichen Tendenzen die der Integration durch: Nach dem Zerfall der APO traten deren meisten ProtagonistInnen den „Marsch durch die Institutionen“ an. Die JuSos konnten 100.000 Neueintritte verzeichnen. Die DKP hatte 1968 9.085 und 1981 angeblich 48.856 Mitglieder. Inzwischen war zu lesen, daß DKP und Verfassungsschutz in der Vergan-

genheit die Mitgliederzahlen der DKP zu hoch angegeben hätten. Die anderen K-Gruppen kamen zusammen nur auf einige Tausend Mitglieder und sind heute genauso wie die DKP weitgehend zerfallen.

Den GRÜNEN fehlt es zur Zeit an jedem inhaltlichen Profil: Während einerseits die Linken immer mehr aus der Partei herausgedrängt wurden (bzw. werden), konnte sich andererseits das Konzept einer ökologischen BürgerInnenrechtspartei („Primat der Ökologie“/„Zivilgesellschaft“) (noch?) nicht durchsetzen. Der grüne Gründungskompromiß (scheinradikale Sofortforderungen: AKW-Ausstieg, NATO-Austritt einerseits und Offenlassen von Grundsatzfragen wie Staat und Markt andererseits), der zur Zeit bei der PDS teilweise reformuliert wird, ist bei den GRÜNEN seit geraumer Zeit zerbrochen – und ein neuer Kompromiß ist nicht im geringsten zu erkennen. Neben objektiven Bedingungen für die Anpassung der GRÜNEN (Integrationsmechanismus des Parlaments; soziale Etablierung der grünen Mitglieder etc.) ist der Gründungskompromiß bereits selbst eine Ursache seines Zerbrechens: Die Parole ‚Wir sind nicht rechts, nicht links, sondern vorn‘ mußte sich irgendwann gegen die (schein)radikalen Einzelforderungen richten. Hinzu kam von Anfang an die linksradikal-bewegungsfetischistisch verbrämte Nachtrabpolitik der GRÜNEN (Standbein/Spielbein). In der politischen Praxis blieben die GRÜNEN dann zwar tatsächlich stehen, aber nicht – wie ursprünglich gedacht – bei den Positionen der sozialen Bewegungen, sondern bei den begrenzten Möglichkeiten parlamentarischer Politik. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die SozialistInnen in der BRD und Westberlin zum Zeitpunkt der Gründung der GRÜNEN auf unterschiedliche Organisationen zersplittert waren: ÖkosozialistInnen in den GRÜNEN, Demokratische Sozialisten, verschiedene K-Gruppen und schließlich Unorganisierte. Davon ausgehend hat Georg Fülberth<sup>12</sup> die Frage aufgeworfen, ob nicht bei stärkerer Intervention von SozialistInnen in den GRÜNEN deren dortige ‚Grün-Einfärbung und Rot-Eintausch‘ hätte vermieden werden können. Daß in einem neuen grünen Kompromiß relevante linke Anteile eingehen, ist aufgrund des zukünftigen Einflusses von DDR-Gruppen wie Demokratie Jetzt, dem rechten Flügel des Neuen Forums und IFM eher unwahrscheinlich: Die VL wurde als Orga-

nisation aus dem Bündnis 90 ausgegrenzt und der Unabhängige Frauenverband bei Wahlen mehrfach bei der Vergabe von Listenplätzen über den Tisch gezogen. Die linken Kräfte im Neuen Forum und bei den DDR-GRÜNEN sind dagegen eher noch machtloser als die West-Linken. Wollen sich die Linken dort nicht (weiter) anpassen, wird diesen nur der Weg aus der Partei bleiben. Die Chance, die die GRÜNEN als Organisation haben, ist, sich im Sinne von A. Vollmer, R. Fücks, K. Weiß zu profilieren und dadurch eine gewisse Ausstrahlungskraft auf linksliberale, nicht gewerkschaftliche Kräfte in FDP und SPD zu gewinnen.

Und auch die militante Linke blieb schließlich von derartigen Reintegrationsprozessen nicht verschont.

Diese Haupttendenz Anpassung ist nun durchaus kein Zufall, sondern das zwangsläufige Ergebnis dieser benannten Polarisierung in der Staatsauffassung selbst. Denn beide Extrempositionen reduzieren die widersprüchliche Wirklichkeit auf eine ihrer Seiten. Dabei liegt die Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit selbst (und nicht erst der gegensätzlichen Thesen über sie) darin, daß „auch die radikalste – ‚von außen‘ kommende oder ‚nach außen‘ strebende Opposition ‚innerhalb‘ der politischen Diskurse, Mechanismen und Apparate agieren muß, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals den zentralen Effekt, den diese Apparate usw. reproduzieren, den Effekt der politischen Unterwerfungsbereitschaft überwinden zu können.“<sup>13</sup>

Diese Zwangsintegration in die Diskurse und Apparate der offiziellen Politik setzt sich selbst gegenüber illegalen Aktionsformen durch; auch hier können die AkteurInnen nicht nur ‚von außen‘ kommen: So werden Berliner HausbesetzerInnen aufgrund eines Diffamierungsartikels im Boulevard-Blatt „Super!“ gezwungen, sich zum offiziellen Diskurs über Hausbesetzungen zu verhalten und sich sogar des juristischen Mittels einer „Gegendarstellung“ zu bedienen. Und selbst die RAF kann nicht nur ‚von außen‘ agieren. Auch sie muß sich – wenn sie sich nicht selbst innerhalb der revolutionären Linken noch weiter isolieren will – bei der Auswahl ihrer Angriffsziele an den herrschenden Themen und der offiziellen politischen Konjunktur – zumindest teilweise – orientieren. Hinzukommt, daß die RAF mit der Tatsache konfrontiert ist, daß die Gefangenen vom Staat quasi als Geiseln ge-

halten werden. Auch hier müssen also Wechselwirkungen zwischen ‚innen‘ und ‚außen‘ kalkuliert werden.

Auch die rechtswidrige Aktion ist so nur teilweise autonom und bleibt dem legalen juristischen Diskurs – im negativen Bezug – unterworfen: „Die Norm unterwirft sich auch das ihr nicht entsprechende Verhalten, dessen Darstellung durch die Kohärenzbedingungen der rechtlichen diskursiven Formation stets als ‚abweichendes‘ Verhalten auf die Norm fixiert bleibt und nicht als bloß ‚anderes‘ Verhalten darstellbar ist, (...)“<sup>14</sup> Es gibt nur das Gegenteil von Recht, *Unrecht*, aber keine Indifferenz gegenüber dem Recht, kein Ort außerhalb des Rechtssystems.

Genau dieser Mechanismus wird von der vermeintlich nur ‚von außen‘ kommenden Position nur abstrakt negiert. Es ist aber unmöglich, sich den in der Wirklichkeit bestehenden Widersprüchen „spontan (zu) entziehen“, denn die integrierenden Effekte setzen sich dann hinter dem Rücken der Beteiligten durch. Die einzige Chance, die besteht, ist, die Widersprüche anzuerkennen und mit ihnen umzugehen.

Vor diesem Hintergrund hilft es auch nicht weiter, a la Rosa Luxemburg oder grüne Fundis („Basisdemokratie“ statt „Kaderpartei“) gegen den vermeintlichen und tatsächlichen Opportunismus „des Apparates“ an „die Massen“ oder „die Basis“ zu appellieren. Denn auch „die Massen“ sind schon immer ‚innen‘: „Die Massen sind niemals ‚außerhalb des Staates‘ gewesen. Im Gegenteil sind sie immer bereits in ein Netz ‚staatlicher Beziehungen‘ verstrickt, d.h. in institutionelle Einteilungen (der Kodex der beruflichen ‚Qualifikationen‘ wie der nationalen Zugehörigkeit) der Repression und der ideologischen Unterwerfung, die unter den jeweiligen historisch-bestimmten Bedingungen lebensnotwendig für ihre Existenz sind und die die materiellen Bedingungen jeglicher Politik darstellen (...)“<sup>15</sup>

## Die Rolle des Linken Forums innerhalb der GRÜNEN

Verschiedene Spektren/Gruppierungen haben die eingangs beschriebene Polarisierung nur ‚von außen‘ – nur ‚von innen‘ nicht mitgemacht. Da sie aber kaum handgreiflichere Erfolge vorweisen können als die anderen Spektren und sie darüber hinaus in ihren übergreifenden organisatorischen Zusammenhängen weitgehend isoliert geblieben sind, stellt sich die Frage nach der Reichweite und dem Revisionsbedarf dieser alternativen Ansätze.

Im Linken Forum in den GRÜNEN spielten die oben zitierten Gedanken des Althusser-Schülers Balibar – in entproletarisierten und ökologisierten Form – eine wichtige Rolle, auch wenn sich nur F.O. Wolf explizit auf die Althusser-Schule bezogen hat. H. Wolf vertrat eine ähnliche Position unter Berufung auf Lenins Linksradikalismus-Kritik:

„Sie (die GRÜNEN, d. Verf.) müssen einerseits innerhalb der Mechanismen der Parteienkonkurrenz wirken und können diesen nicht einfach durch Willensakt der ‚Überordnung der inhaltlichen Forderungen über das Ritual des parlamentarischen Kompromisses‘<sup>16</sup> entgehen. Sie müssen aber zugleich durch die Art ihrer Intervention über diesen Mechanismus hinausweisen, indem sie ihren zentralen Bezugspunkt nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft haben und ihre zentrale Funktion darin sehen, gesellschaftliche Widersprüche in die Staatsapparate zu tragen. Kompromisse haben im Rahmen dieser strategischen Bestimmung (...) nichts mit einer (Re-)integration in den Staatskonsens und der Zurechtweisung der eigenen Inhalte auf diesen zu tun, sondern haben die Funktion, neue Bündnisse in der Gesellschaft herzustellen und damit zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse über die Vertiefung von Dissens durch die ‚Ausnutzung selbst des kleinsten Risses‘<sup>17</sup> im gegnerischen Lager beizutragen.“<sup>18</sup>

Entsprechend dieser Überlegung hat M. Stamm schon 1986 seinen Vorschlag einer bedingungslosen Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung entwickelt: Die Differenz zwischen CDU und SPD dürfe nicht einfach fundamentalistisch negiert werden, denn dies nutze im Ergebnis nur der SPD: „Die SPD schneidet (hinichtlich der Sympathie, d. Verf.) bei ihnen (den grünen WählerIn-

nen, d. Verf.) zwar schlechter ab als bei den SPD-WählerInnen, dafür die CDU noch schlechter, das bedeutet, daß sie den vorhandenen Unterschied zwischen SPD und CDU, wie die meisten SPD-WählerInnen, als wesentlichen Gegensatz verarbeiten.“<sup>19</sup>

Dieser Tatsache sei durch Nachgeben auf einer Ebene, auf der die GRÜNEN aufgrund des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nur verlieren könnten, – dem inhaltlicher Regierungsbildungsverhandlungen/-vereinbarungen – Rechnung zu tragen. Erst wenn die Frage der Regierungsbildung geklärt und damit die „integrierende und disziplinierende Wirkung“ der „an der Frage des Regierungswechsels inszenierten Polarisierung ‚Rot‘ gegen ‚Schwarz‘“ leer gelaufen sei, bestehe wieder die Möglichkeit, die teilweise bestehenden inhaltlichen Differenzen zwischen der SPD und ihren WählerInnen zugunsten der GRÜNEN zu nutzen.<sup>20</sup>

Einer Koalition zwischen SPD und GRÜNEN würde dagegen nach Ansicht von Stamm u.a. „die Einzelthemen, deren Unterordnung die alte ‚Schwarz-Rot‘-Polarisierung zur Zeit der Schmidt-Regierung nicht mehr leistete, was eine Voraussetzung für das Entstehen der Grünen war, erneut und viel effizienter untergeordnet werden und zwar unter die Erfordernisse des Hauptanliegens Rot/Grün gegen Schwarz/Gelb.“<sup>21</sup>

Dieser Vorschlag für die grüne Parlamentstaktik konnte nun aber den GRÜNEN Anpassungsprozeß nicht verhindern. Während viele Mitglieder des Linken Forums deshalb aus den GRÜNEN ausgetreten sind, vollziehen andere den Anpassungsprozeß mit: Ging es F.O. Wolf 1988 noch um die „Problematik eines nichtstaatlichen politischen Gemeinwesens auf der Grundlage einer klassenlosen Gesellschaft“<sup>22</sup>, schließt er sich heute der liberalen Parole vom „Aufbau einer eigenständigen Zivilgesellschaft“<sup>23</sup> an.

Diese Parole ist nun in mehrfacher Hinsicht irrig: Zum einen ist eine „Zivilgesellschaft“ nicht erst aufzubauen, sondern bereits vorhanden. Und zum anderen wird diese nie „eigenständig“ sein können. Denn trotz „relativer Autonomie der Überbauten“ bleibt deren „Bestimmung in letzter Instanz durch die Produktionsweise“ bestehen.<sup>24</sup> (Dabei sind die Produktionsweise(n) allerdings nicht nur vom Klassen-, sondern auch vom Geschlechterwiderspruch sowie von rassistischer Herrschaft geprägt.) Gegen sozialdemo-

kratische und sogar „neu-rechte“ Vereinnahmungsversuche sowie kulturelle Reduktionen Gramscis ist daran zu erinnern, daß für diesen die „Zivilgesellschaft“ Bestandteil der zu überwindenden Verhältnisse war. Wer/welche zu dieser eine andere Position als Gramsci hat, sollte Fülberths Rat beherzigen und sich nicht auf Gramsci, sondern vielmehr – zusammen mit Rödel u.a.<sup>25</sup> – auf Lockes „civil society“ beziehen<sup>26</sup>.

Weiter bezeichnet F.O. Wolf heute das Tolerierungsmodell ohne nähere Begründung als falsch und schlägt stattdessen vor, den Widerspruch zwischen Parteiform und „Notwendigkeit radikaler Veränderungen“ so aufzulösen, daß „wir akzeptieren, daß manche auch wieder Bewegungspolitik machen wollen, ohne Rücksicht auf einen ‚Parteiladen‘.“<sup>27</sup> In Anbetracht dieser Kapitulation vor den – durchaus erkannten – Integrationsmechanismen parlamentarischer Parteipolitik kann dann die Begründung für die weitere Mitarbeit in den GRÜNEN nur beschwörend ausfallen: „Das grüne Parteiprojekt ist nur zukunftsfähig, wenn es von allen seinen TrägerInnen ohne Mentalvorbehalte und innere Rücktrittsklauseln angenommen wird. Verweis auf Kleingedrucktes und öffentliche Präventivkündigungen sind kein Teil des alternativen, grünen Stils.“<sup>28</sup>

Wieso ist nun aber das Linke Forum gescheitert? Der Ansatz des Linken Forums war auf konsequente Reformpolitik beschränkt und verzichtete darauf, eine revolutionäre Perspektive anzugeben: So schlußfolgerte M. Stamm daraus, daß die GRÜNEN keine kommunistische Politik machen und machen können, daß die „Frage (...) ein(es) gradualistischen Verständnis(ses) gesellschaftlicher Veränderungen (...) vorläufig unwichtig“ sei<sup>29</sup>. F.O. Wolf erklärte zwar, daß es „systemsprengende Reformen“ (...) nicht (gibt)“ und plädierte stattdessen für ein Verständnis des revolutionären „Bruchs als Prozeß“<sup>30</sup>. Faktisch blieben aber die Vorstellungen des Linken Forums auf einen Prozeß ohne Bruch beschränkt. So wenn F.O. Wolf die „schon ‚klassisch‘ gewordenen Formen des ‚Volksaufstandes‘ (für, d. Verf.) überholt“ erklärt und sich stattdessen für eine „Rückbindung dieser (bürgerlichen, d. Verf.) Staatsgewalt an die gesellschaftlichen Prozesse“ ausspricht.<sup>31</sup> Bedingung dafür, daß „Abhängigkeit, Ausbeutung und Herrschaft (...) bereits innerhalb“ der gegenwärtigen „gesellschaftlichen Praxis“ verschwinden<sup>32</sup>, sei-



en die „demokratische Republik“<sup>33</sup> und eine Politik der „Gewaltfreiheit“<sup>34</sup>. Die theoretische Ursache für derartige Positionen liegt darin, daß das Linke Forum fast immer nur die „in konkret taktischen Fragen“ möglichen Kompromisse mit der Partei-Rechten (weitgehend richtig) herausgearbeitet<sup>35</sup>, aber weitergehende Fragen weder in der eigenen Strömung noch zusammen mit anderen Linken diskutiert hat. Diese grundsätzliche Position führte dazu, daß sich das Linke Forum in der innerparteilichen Auseinandersetzung nicht als die effektivere linke, also linkere Strömung, sondern vor allem als Strömung der mit Strömungseln Unzufriedenen (wenn auch intelligenter und etwas inhaltlicher als der Aufbruch) profilierte<sup>36</sup>. Diese Taktik ist symptomatisch für die Bereitschaft des Linken Forums, mit den stärkeren Bataillonen zu gehen, lieber mit grünen PantherInnen, grünem Aufbruch und sog. kritischen Realos das Einvernehmen zu suchen, als mit anderen linken Kräften in der Partei. Allerdings ist zuzugeben, daß die anderen linken Kräfte in der Partei alles taten, um das Linke Forum in diese Taktik zu treiben. So ergibt die rechtsintegrationistische Politik des Linken Forums in der GRÜNEN heute folgende Bilanz: Die Mitte konnte nicht dauerhaft nach links integriert werden; der eigene Flügel (s. bspw. die Ex-GIM-GenossInnen, die heute noch in den GRÜNEN sind) wurde geschwächt<sup>37</sup> und die Gesprächs- und Bündnismöglichkeiten nach links (ÖkosozialistInnen und RadikalökologInnen) sind weitgehend zerschlagen. Das ist der notwendige Preis inhaltsloser, scheinbarer Breite! Festzuhalten ist allerdings: das Hickhack LiFo – Fundis wurde schon früher kritisiert, ohne daß sich daraus eine erfolgreichere Strömung herausgebildet hätte.

Den Taktizismus des Linken Forums wiederholen heute teilweise die gleichen GenossInnen (Harald Wolf u.a.) in der PDS – nur daß er diesmal noch schneller scheitert: Michael Stamm hat sich bereits zurückgezogen, andere werden ihm wohl folgen.

Genauso blieben ‚realo-autonome‘ und kritisch-revolutionäre marxistische Ansätzen wirkungslos. Dies gilt auch für verschiedene Ansätze, an denen wir im Rahmen des PROjektes WOchenzeitung beteiligt waren: Radikale Linke BRD und Westberlin, PDS-Intervention, Marxistisches Forum.

## Quer zu den Fronten: die Frauenbewegung?

Ebenfalls nicht einordnen in das Spaltungsschema von Staatstragenheit und Selbstisolierung läßt sich die neue Frauenbewegung. Vielmehr ist sie der erfolgreichste Versuch, diese Dichotomie zu überwinden. Unter der Parole, „Das Private ist politisch“<sup>38</sup>, gelang ihr die Verknüpfung der Frage des Abtreibungsrechtes und des Selbstbestimmungsrechtes über den eigenen Körper mit den „großen“ gesellschaftlichen Fragen nach Arbeitsteilung, Eigentum, Ausbeutung und Herrschaft<sup>39</sup>: „Die Aktionen der neuen Frauenbewegung erhielten ihren revolutionären Charakter nicht dadurch, daß sie systematisch auf alle Gleichstellungsforderungen verzichteten. Sie verbanden vielmehr diese Forderungen auf überraschende Weise mit alltäglichen Dimensionen von Frauenunterdrückung. Fragen der Arbeitsteilung und ungleicher Arbeitsplatzchancen wurden verbunden mit der Zurichtung von Frauen als Geschlechtswesen: mit Make up, Büstenhalter, hochhakigen Schuhen; (...). Und es war dieser Zusammenhang, der die Frage: ist es Gleichstellung oder Differenz, Reform oder Revolution verschob. Die gleichzeitige Artikulation weiblicher Körpererfahrungen mit den großen Fragen der Gesellschaftsstruktur riß die Fragen der Gleichstellung über die bloße Gleichberechtigung hinaus in eine befreite Gesellschaft und befreite die individuellen Körpererfahrungen ins Öffentliche und zog sie damit ebenso sehr in den Traum einer anderen Gesellschaft. Die Lehre, die wir politisch aus diesem Vorgehen der Bewegung ziehen können, ist, daß es den einzelnen Forderungen nicht anzusehen ist, ob sie reformistisch sind oder revolutionär. Vielmehr bestimmt ihr Ort<sup>40</sup> in der Bewegung, wie sehr es möglich ist, die einzelnen Schritte nicht als Ziele mißzuverstehen und auf ihnen auszuruhen, sondern aus jeder Stufe die Kraft zum Weiterziehen zu gewinnen.“<sup>41</sup> So war es dann gerade die als ‚Mittelstands-Bewegung‘ verschriene Frauenbewegung, die über die mittelständische Hochschulszene hinaus wirken und auch proletarische Frauen erreichen konnte.

Einerseits macht die zitierte Parole der Frauenbewegung also deutlich, daß gerade durch die Trennung von „Privatem“ und „Öffentlichen“ das „Private“ politisch ist, da „im privaten Leben selber gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert“ werden.<sup>42</sup> An-

dererseits beinhaltet die Parole eine Gefahr, die sich in den späteren Spaltungsprozessen der Frauenbewegung realisiert hat: Von der Parole „Das Private ist politisch“ ist es über die These „Alles ist politisch“ nur noch ein kurzer Weg zu dem Standpunkt jede Handlung sei politisch gleich nützlich.<sup>43</sup> So zerriß der Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Ebenen/Forderungen wieder und kamen erneut Diskussionen über Gleichheit und Differenz sowie Fraktionierungen in der Frauenbewegung auf.

## Wird es eine Konsolidierung der linken Reste geben?

Es zeigt sich also, daß auch diejenigen unterschiedlichen politischen Kräfte, die die Polarisierung zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung nicht mitgemacht haben, kaum größere Erfolge haben als die beiden Haupttendenzen der BRD-Linken. Dies wirft Fragen der Tragfähigkeit dieser Ansätze auf.

Es mehren sich die Anzeichen, daß nicht nur die sozialistische, sondern überhaupt die Linke untergegangen ist. Im Gegensatz zu Althusser, der 1977 noch begeistert die Krise des Marxismus ausgerufen hat in der Hoffnung, daß Denkblockaden und Orthodoxien nun zugunsten neuer Perspektiven überwunden werden können, scheint diesmal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu werden. Warum gibt es heute keine ernstzunehmende linke Auseinandersetzung mit dem nicht mehr „real existierenden Sozialismus“, warum schreien alle nach mehr Marktwirtschaft wider besseren Wissens? Was fasziniert so stark an der bürgerlichen Gesellschaft, daß längst gewonnene Erkenntnisse nun mit Illusionen getauscht werden? Die Debatten um eine Perspektive jenseits der real existierenden BRD scheinen ein Tabuthema geworden zu sein.

Solange wir diese Phänomene nicht erklären und ihnen deshalb auch nicht entgegenwirken können sowie ebenfalls nicht die Ursachen des Scheiterns anderer Ansätze innerhalb und außerhalb der GRÜNEN ergründen, die versucht haben, die Scheinalternative von Selbstisolierung und Reformismus zu überwinden, solange wird jedes neue Organisationsprojekt zum Scheitern verurteilt sein.

Von daher ist Verena Krieger zuzustimmen, daß heutzutage nicht viel mehr drin ist als „die letzten Jahre auszuwerten und aus unseren Fehlern zu lernen“. Darüber hinaus bleibt realistischerweise nur, den „Rest außerparlamentarischer Praxis zu stärken und sich dabei pragmatisch und von außen auf PDS und GRÜNE zu beziehen“.<sup>44</sup>

## Anmerkungen

- 1 Meins 1974, 184.
- 2 zit. n. Redaktion 1990, 2.
- 3 Redaktionsgruppe 1989, 41, vgl. 48.
- 4 Schily 1986, 23.
- 5 O. Schily in einer Sitzung der GRÜNEN Bundestagsfraktion im Herbst 1987 zit. n. he. 1987, 7.
- 6 F. 1987, 5.
- 7 Statut 1991, unpaginiert (S. 3).
- 8 Auszüge 1990, 8.
- 9 zur Kritik s. Jäger 1979, 46: „Ist dieser Staat ein Werkzeug, das von der Bourgeoisie genutzt wird, besteht darin sein Klassencharakter? Ist es Aufgabe der Wissenschaft, den Nutzungsprozeß empirisch nachzuweisen, (...), d.h. indem man in den Hinterzimmern der Ministerien nachsieht? Und besteht die politische Leistung, einen neuen, sozialistischen Staat hervorzubringen, in der Übernahme der nützlichen Elemente des Staatswerkzeugs, die man der Bourgeoisie aus der Hand nimmt, um den ‚Spieß umzudrehen‘?“ Vgl. S. 63.
- 10 Schöttler 1980, 25 – Hervorh. i.O. Die kursiv gesetzten weiblichen Formen sind – hier wie im folgenden – von d. Verf. eingefügt.
- 11 Benjamin et al. 1991, unpaginiert (S. 4) – Hervorh. d. Verf.
- 12 Fülberth 1988, 68.
- 13 F.O. Wolf 1988a, 91.
- 14 Ladeur 1978, 178, vgl. 190 f., 347.
- 15 Balibar 1979, 152 – Hervorh. i.O.
- 16 Ebermann/Trampert 1984, 278.
- 17 LW 31, 1 (56): „EineN mächtigereN GegnerIn kann mensch (...) nur dann besiegen, wenn mensch unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten ‚Riß‘ zwischen den FeindInnen, jeden Interessensgegensatz zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag dies auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein.“

- 18 H. Wolf 1988, 14 – erste Hervorh. d. Verf., zweite i.O.; vgl. Arkenstette et al. 1988, 8.
- 19 Stamm 1985, 24.
- 20 Stamm 1985, 29.
- 21 Stamm 1986b, 29.
- 22 F.O. Wolf 1988b, 30.
- 23 F.O. Wolf 1990, 44.
- 24 Althusser 1965, 111.
- 25 Rödel et al. 1989, 199 f.
- 26 Fülberth 1991, 144.
- 27 F.O. Wolf 1990, 44.
- 28 ebd., 43.
- 29 Stamm 1986a, 28.
- 30 F.O. Wolf 1985, 46, FN 6.
- 31 F.O. Wolf 1987, 54.
- 32 F.O. Wolf 1987, 55 f.
- 33 F.O. Wolf 1987, 56.
- 34 F.O. Wolf 1987, 55.
- 35 F.O. Wolf 1988a, 96.
- 36 s. bspw. Arkenstette et al. 1988 – Hervorh. d. Verf.: Zwischenüberschrift auf S. 6: „Das Scheitern beider Flügel“, S. 8: „Der Fundamentalismus (...) setzt sich genauso bequem auf die andere Seite des Widerspruchs“ zwischen der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung und deren aktueller Unmöglichkeit.
- 37 Indiz dafür waren schon die unterschiedlichen Anträge auf der GRÜNEN Bundesversammlung vom 30.03. – 01.04.1990 in Hagen: Zur „Deutschlandpolitik“ gab es einen Antrag vom linken Flügel des Linken Forums zusammen mit unabhängigen Linken sowie einen Antrag vom rechten Flügel des Linken Forums. Zur Bündnispolitik / PDS-Frage war die Antragslage aus dem Links- und Mitte-Spektrum der GRÜNEN noch konfuser.
- 38 Redaktionskollektiv 1988, 6.
- 39 Haug 1988, 6.
- 40 Dieser Überlegung entspricht der oben zitierte Gedanke von Balibar und H. Wolf, daß es auf „die Art“ (Wolf) des Agierens in den Staatsapparaten ankommt. Daraus kann aber selbstverständlich nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, jede Forderung könne durch ihren Kontext zu einer revolutionären Forderung gemacht werden. Die Forderungen „Frauen raus aus der Produktion“ ist bspw. in jedem Fall – unabhängig von ihrem Kontext – falsch.
- 41 Haug 1988, 11 f.
- 42 Haug/Hauser 1984, 82.
- 43 Haug/Hauser 1984, 88.
- 44 Krieger 1991, 158 f.

## Literaturverzeichnis:

- Althusser 1965: L. Althusser, *Pour Marx*, Paris, 1965 zit. n. H. Bosch / J. Ch. Rehmann, Ideologische Staatsapparate und Subjekteffekt bei Althusser, in: *Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie (Argument-Sonderband AS 40)*, (West)berlin, 1986<sup>1</sup>, 105 (107)
- Arkenstette et al. 1988: B. Arkenstette et al., Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme, in: *Horizonte (Köln)*, Nr. 6, Sommer 1988, 5 ff.
- Auszüge 1990: Auszüge aus dem Wahlprogramm der Listenverbindung von Linker Liste/PDS, in: *PROWO (Westberlin)*, Nr. 6, 27.09.1990, 8
- Balibar 1979: E. Balibar, Fragen zur „Partei außerhalb des Staates“, in: *Elmar Altwater / Otto Kallscheuer (Hg.)*, *Den Staat diskutieren. Kontroversen über eine These von Althusser*, Verlag Ästhetik und Kommunikation: (West)berlin, 1979
- Benjamin et al. 1991a: M. Benjamin et al., Antithesen zur Programmdiskussion, in: *Wohin geht die PDS? Spezial Nummer 3 zur Vorbereitung der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS (Beilage zum Neuen Deutschland)*, nicht paginiert (S. 4).
- Ebermann/Trampert 1984: Th. Ebermann / R. Trampert, *Die Zukunft der Grünen*, Hamburg, 1984
- F. 1987: F., 10 Jahre Stammheim: Vom Mythos der Stunde Null, in: *Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes (Hamburg) AK* 287, 19.10.1987, 5
- Fülberth 1988: G. Fülberth, Der subjektive Faktor, in: *Marxistische Blätter* 8-9/1988, 66 ff.
- Fülberth 1991: ders., Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991
- Haug 1988a: F. Haug, Lehren aus der Frauenbewegung in Westeuropa, in: *Autonome Frauenredaktion (Hg.)*, *Frauenbewegungen in der Welt. Band 1 Westeuropa (Argument-Sonderband AS 150)*, Argument-Verlag: Hamburg, 1988, 6 ff.
- Haug/Hauser 1984: dies. / K. Hauser, Geschlechterverhältnisse. Zur internationalen Diskussion um Marxismus-Feminismus, in: *Projekt Sozialistischer Feminismus (Hg.)*, *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik (Argument-Sonderband AS 110)*, Argument-Verlag: (West)berlin, 1984, 9 ff.
- he. 1987: he., Amnestie ohne Amnesie, in: *Arbeiterkampf, AK* 287, 19.10.1987, 7 f.
- Jäger 1979: M. Jäger, Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien, in: *Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hg.)*, *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik (Argument-Sonderband AS 44)*, (West)berlin, 1979, 45 ff.
- Krieger 1991: V. Krieger, Was bleibt von den Grünen?, Hamburg, 1991
- Ladeur 1978: K.-H. Ladeur, *Rechtssubjekt und Rechtsstruktur*, Gießen, 1978

- LW 31, 1 ff. – Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920)
- Meins 1974: H. Meins, [das einzige, was zählt ist der Kampf], in: P. Bakker Schut (Hg.), das info. o.O. (Kiel), 1987, 183 ff.
- Redaktion 1990: Redaktion, Zum 1. Mai: Wir sind einfach – da!?, in: PROWO, Nr. 2, Mai 1990, 2.
- Redaktionsgruppe 1989: Redaktionsgruppe, „Wir wollen die Kraft der Negation sein“, in: KONKRET 11/1989, 41 ff.
- Rödel et al. 1989: U. Rödel / G. Frankenberg / H. Dubiel, Die Demokratische Frage, Frankfurt am Main 1989 (zit. n. Fülberth 1991, 144)
- Schöttler 1980: P. Schöttler, Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des „Juristen-Sozialismus“, in: Demokratie und Recht (Köln) 1980, 3 ff.
- Schily 1986: O. Schily, Das Glas Wasser. Staatliches Gewaltmonopol und Gemeinwesen. Eine Antwort auf Ulrich K. Preuß, in: Freibeuter 27, 1986, zit. n. dem Wiederabdruck in: D. Hummel et al. (Hg.), „kein Staat mit diesem Staat?“. Freiheitsrechte, Repression und staatliche Hilfe in der Demokratie (30. Mai – 1. Juni 1986. Kongreß in Bielefeld. Beiträge zur Vorbereitung), Bielefeld, 1986, 22 ff.
- Stamm 1985: M. Stamm, Überlegungen zum Zustand und den Aufgaben der Grünen Partei (1985), in: S. Friess / K. Linke / G. Munier (Hg.), Ökosozialistische Positionen zur Strategiedebatte der Grünen, Bielefeld/Bonn/Köln/Nürnberg, 1986, 22 ff.
- Stamm 1986a: ders., gramsci, in: ebd., 28.
- Stamm 1986b: Die GRÜNEN nach Tschernobyl und vor den Bundestagswahlen, in: Kommune 9/1986, 24 ff.
- Statut 1991: Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), in: Wohin geht die PDS? Spezial zur Nachbereitung der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS (Beilage zum Neuen Deutschland vom 03.07.1991), nicht paginiert (S. 3 ff.).
- F.O. Wolf 1985: F.O. Wolf, Grün: Strategisch gesehen, in: Kommune 11/1985, 43 ff.
- F.O. Wolf 1987: ders., Staats-Gewalt und Basis-Demokratie, in: Kommune 7/1987, 55
- F.O. Wolf 1988a: ders., Warum fällt es uns in den Grünen so schwer, über unsere Perspektiven zu diskutieren?, in: E. Jurtschitsch / A. Rudnick / F.O. Wolf (Hg.), Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988. Grüne Perspektiven, Köln, 1988, 88 ff.
- F.O. Wolf 1988b: ders., Vom Picknick im sterbenden Wald, in: Horizonte, Nr. 6 Sommer 1988, 23 ff.
- F.O. Wolf 1990: ders., Radikal denken – links und in den Grünen handeln, in: LiFo. Nr. 4/5 o.J. (Herbst 1990), 40
- H. Wolf 1988: H. Wolf, DIE GRÜNEN: Verstaatlichen oder vergesellschaften?, in: Horizonte, Nr. 4/5, Frühjahr 1988, 9 ff.